

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 34. Vorrückungstichtag NEU für Beamte und Vertragsbedienstete         | 38. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2016            |
| 35. Sabbatical auch für Gemeindebedienstete                           | 39. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2016 |
| 36. Änderung der Tiroler Bauordnung 2011                              | Verbraucherpreisindex für Juni 2016 (vorläufiges Ergebnis)     |
| 37. Änderung des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes |  |

## 34.

### Vorrückungstichtag NEU

#### Neuregelung für Vertragsbedienstete nach dem Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012

##### Allgemeines:

Die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 soll die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sicherstellen.

In der Rechtssache C-88/08, *Hütter*, vom 18. Juni 2009, hat der EuGH ausgesprochen, dass die dem Anrechnungssystem des G-VBG 2012 immanente Beschränkung der anzurechnenden Zeiten auf solche, die vom Bediensteten ab dem vollendenden 18. Lebensjahr zurückgelegt wurden, dem aus der zitierten Richtlinie ableitbaren Verbot der Altersdiskriminierung widerspricht. Aufgrund dieses Urteils wurden, durch die Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012, LGBl. Nr. 119/2011, bestimmte Zeiten vor der Vollendung des 18. Lebensjahres im Ausmaß von drei Jahren als Vordienstzeiten angerechnet und gleichzeitig der Vorrückungszeitraum von der jeweils ersten in die jeweils zweite Entlohnungsstufe jeder Entlohnungsgruppe von zwei auf fünf Jahre entsprechend den bundesrechtlichen Regelungen ausgedehnt.

In einem weiteren Urteil des EuGH vom 11. November 2014 in der Rechtssache C-530/13, *Schmitzer*, erkannte der Gerichtshof die vorhin erwähnte Verlängerung des für die Vorrückung von der jeweils ersten in die jeweils zweite Entlohnungsstufe jeder Entlohnungsgruppe um drei Jahre als mit den Anforderungen der Richtlinie 2000/78/EG nicht vereinbar, da durch die Ausdehnung des Vorrückungszeitraumes auch für bestehende Dienstverhältnisse die Angleichung der zuvor diskriminierten Personengruppe wieder neutralisiert wird. Der EuGH hat sohin im zitierten zweiten Urteil nicht die Art der Anrechnung der Vordienstzeiten als solche, sondern die gleichzeitige und rückwirkende Ausdehnung des Zeitraumes für die erste Vorrückung als unionswidrig erkannt. Durch die nunmehrige Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 – G-VBG 2012, LGBl. Nr. 83/2016, wird diese Unionswidrigkeit wieder rückgängig gemacht.

**Neuberechnung des Vorrückungsstichtages:**

Ob eine Neuberechnung des Vorrückungsstichtages erforderlich ist hängt davon ab, wann die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband mit dem Vertragsbediensteten das Dienstverhältnis begründet hat.

Hat das **Dienstverhältnis** des Vertragsbediensteten zur Gemeinde oder zum Gemeindeverband **vor dem 01.01.2012** begonnen, so ist zu unterscheiden, ob dieser Bedienstete bereits einen Antrag auf Neufestsetzung des Vorrückungsstichtages nach § 120 Abs. 5 G-VBG 2012 gestellt hat, oder nicht.

Wurde vom Vertragsbediensteten ein derartiger **Antrag gestellt**, so besteht bereits ein neuer Vorrückungsstichtag für diesen Bediensteten.

Für alle anderen Vertragsbediensteten, die **keinen Antrag gestellt** haben, hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband den Vorrückungsstichtag **von Amts wegen** längstens **bis zum 30.06.2018 neu festzusetzen**.

Wurde das **Dienstverhältnis** des Vertragsbediensteten zur Gemeinde bzw. zum Gemeindeverband hingegen **seit dem 01.01.2012 begründet**, so wurde der neue Vorrückungsstichtag bereits unter Berücksichtigung der Zeiten vor dem 18. Lebensjahr berechnet, sodass für diese Bediensteten keine Neuberechnung erforderlich ist.

**Neuberechnung des Monatsentgeltes, Nachzahlung:**

Aufgrund des neu berechneten Vorrückungsstichtages hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband das dem Vertragsbediensteten gebührende Monatsentgelt einschließlich der Sonderzahlungen **ab dem 11.11.2014**, unter Berücksichtigung des zweijährigen Vorrückungszeitraumes in die zweite Entlohnungsstufe längstens **bis zum 30.06.2018** neu zu berechnen und zum nächstmöglichen Termin nachzuzahlen.

Auch bei jenen Vertragsbediensteten, deren **Dienstverhältnis seit dem 01.01.2012** begründet wurde, hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband **von Amts wegen** das dem Vertragsbediensteten gebührende Monatsentgelt einschließlich der Sonderzahlungen **ab dem 11.11.2014** unter Berücksichtigung des zweijährigen Vorrückungszeitraumes in die zweite Gehaltsstufe längstens **bis zum 30.06.2018** neu zu berechnen und zum nächstmöglichen Termin nachzuzahlen.

**Dienstverhältnisse, die bis zum Ablauf des Tages der Kundmachung der GVBG - Novelle LGBl. Nr. 83/2016 enden (z.B. Pensionierung, Kündigung):**

Bei **Dienstverhältnissen**, die **bis zum Ablauf des Tages der Kundmachung beendet** werden, hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband eine **Neuberechnung** des Vorrückungsstichtages sowie des Monatsentgeltes einschließlich der Sonderzahlungen und die **Auszahlung** eines allfälligen Differenzbetrages **nur auf Antrag** des Vertragsbediensteten durchzuführen.

**Sonderverträge:**

Der Abschluss eines Sondervertrages nach § 101 G-VBG 2012 bewirkt in der Regel ein „Opt-out“ aus den gesetzlichen Bestimmungen.

Die Abteilung Gemeinden empfiehlt den Gemeinden und Gemeindeverbänden dennoch eine detailgenaue Prüfung jedes einzelnen Sondervertrages, um Klarheit über die Vertragsinhalte zu haben, insbesondere ob die besoldungsrechtliche Einstufung im Sondervertrag vom Vorrückungsstichtag abhängt und damit die gegenständliche Novelle anzuwenden und umzusetzen ist.

## Neuregelung für Beamte nach dem Gemeindebeamten-gesetz 1970 iVm dem Landesbeamten-gesetz 1998

### Allgemeines:

Die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 soll die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sicherstellen.

Für Beamte nach dem Gemeindebeamten-gesetz 1970 – GBG, gelten gemäß § 30 Abs. 1 GBG die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften für Landesbeamte sinngemäß. Soweit in den folgenden Ausführungen auf die landesrechtlichen Regelungen nach dem Landesbeamten-gesetz 1998 Bezug genommen wird, sind diese auf Beamte nach dem Gemeindebeamten-gesetz 1970 in gleichem Umfang anzuwenden.

In der Rechtssache C-88/08, *Hütter*, vom 18. Juni 2009, hat der EuGH ausgesprochen, dass die dem Anrechnungssystem im Landesbeamten-gesetz 1998 immanente Beschränkung der anzurechnenden Zeiten auf solche, die vom Beamten ab dem vollendeten 18. Lebensjahr zurückgelegt wurden, dem aus der zitierten Richtlinie ableitbaren Verbot der Altersdiskriminierung widerspricht. Aufgrund dieses Urteils wurden durch die 44. Landesbeamten-gesetz-novelle, LGBl. Nr. 112/2011, bestimmte Zeiten vor der Vollendung des 18. Lebensjahres im Ausmaß von drei Jahren an Vordienstzeiten angerechnet und gleichzeitig der Vorrückungszeitraum von der jeweils ersten in die jeweils zweite Gehaltsstufe jeder Verwendungsgruppe von zwei auf fünf Jahre entsprechend den bundesrechtlichen Regelungen ausgedehnt.

In einem weiteren Urteil des EuGH vom 11. November 2014 in der Rechtssache C-530/13, *Schmitzer*, erkannte der Gerichtshof die vorhin erwähnte Verlängerung des für die Vorrückung von der jeweils ersten in die jeweils zweite Gehaltsstufe jeder Verwendungsgruppe um drei Jahre, als mit den Anforderungen der Richtlinie 2000/78/EG nicht

vereinbar, da durch die Ausdehnung des Vorrückungszeitraumes auch für bestehende Dienstverhältnisse die Angleichung der zuvor diskriminierten Personengruppe wieder neutralisiert wird. Der EuGH hat sohin im zitierten zweiten Urteil nicht die Art der Anrechnung der Vordienstzeiten als solche, sondern die auch für bestehende Dienstverhältnisse gleichzeitige und rückwirkende Ausdehnung des Zeitraumes für die erste Vorrückung als unionswidrig erkannt.

Durch die nunmehrige Novelle zum Landesbeamten-gesetz 1998, LGBl. Nr. 78/2016, wird diese Unionswidrigkeit wieder rückgängig gemacht.

### Neuberechnung des Vorrückungsstichtages:

Ob eine Neuberechnung des Vorrückungsstichtages seitens der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes erforderlich ist, hängt davon ab, wann der Beamte befördert wurde, weil sich durch die erstmalige Beförderung die besoldungsrechtliche Stellung des Beamten nicht mehr vom Vorrückungsstichtag ableitet.

**Beamte, die bis einschließlich 01.01.2004 ernannt und bis zu diesem Zeitpunkt bereits befördert** wurden, sind vom Anwendungsbereich des Art. II des Landesbeamten-gesetzes 1998, LGBl. Nr. 78/2016, ausgenommen. Damit wird an die bestehende Rechtslage nach Art. V Abs. 1 der 44. Landesbeamten-gesetz-Novelle angeknüpft (Umsetzung Rs *Hütter*). Für diese Beamten erfolgt daher keine Neuberechnung des Vorrückungsstichtages und des Monatsbezuges (siehe dazu auch die Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes vom 22.06.2016, GZ Ra 2016/12/0055-3).

**Beamte, die bis einschließlich 01.01.2004 ernannt und bis zu diesem Zeitpunkt nicht befördert wurden und bereits einen Antrag** aufgrund des Art. V Abs. 1 der 44. Landesbeamtengesetz-Novelle **gestellt** haben, verfügen bereits über einen neuen Vorrückungstichtag unter Berücksichtigung der relevanten Zeiten vor dem 18. Lebensjahr. Bei **Beamten, die bis einschließlich 01.01.2004 ernannt und bis zu diesem Zeitpunkt nicht befördert wurden, jedoch keinen Antrag** im Sinne des vorstehenden Absatzes **gestellt** haben, hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband den **Vorrückungstichtag** von Amts wegen längstens **bis zum 31.12.2017** neu festzusetzen.

Ebenso hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband bei **Beamten, die nach dem 01.01.2004 ernannt** wurden, den **Vorrückungstichtag** von Amts wegen längstens **bis zum 31.12.2017** neu festzusetzen.

#### **Neuberechnung des Monatsbezuges, Nachzahlung:**

Aufgrund des neu berechneten Vorrückungstichtages hat die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband den dem Beamten gebührenden **Monatsbezug** einschließlich der Sonderzahlungen und die Auszahlung eines allfälligen Differenzbetrages ab dem 11.11.2014, unter Berücksichtigung des zweijährigen Vorrückungszeitraumes in die zweite Gehaltsstufe **längstens bis zum 31.12.2017 neu zu berechnen** und zum nächstmöglichen Termin **nachzuzahlen**. Dabei hat die besoldungsrechtliche Besserstellung eine außerordentliche Vorrückung (innerhalb der Dienstklasse) und eine außerordentliche Zeitvorrückung (Wechsel der Dienstklasse) zu berücksichtigen.

Dienstrechtlich ist der Beamte zum nächstmöglichen Termin in die entsprechende Dienstklasse zu befördern bzw. sind bereits erfolgte Beförderungen nach den vor dem

Ablauf des Tages der Kundmachung des Gesetzes LGBl. Nr. 78/2016 geltenden Bestimmungen unter Berücksichtigung der außerordentlichen Zeitvorrückung von Amts wegen entsprechend abzuändern.

Die sich aus dem neu berechneten Vorrückungstichtag ergebende neue Gehaltsstufe und der neue Vorrückungstermin bleiben dabei erhalten.

#### **Empfänger von wiederkehrenden Leistungen (ausgenommen Beamte des Ruhestandes):**

Bei dieser Personengruppe ist der Vorrückungstichtag nur auf Antrag nach Art. V Abs. 1 der 44. Landesbeamtengesetz-Novelle neu zu berechnen. Eine allfällige Neuberechnung und Nachzahlung der wiederkehrenden Leistung erfolgt nach den obigen Regelungen.

Diese Aufgaben fallen unter Hinweis auf die Bestimmungen des achten Abschnittes des GBG 1970 in die Zuständigkeit des Gemeindeverbandes für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten (§§ 52 ff GBG 1970).

#### **Beamte im Ruhestand ab 01.01.2004 (Beförderung nach 01.01.2004):**

Die Abänderung des Bescheides über den Ruhebezug hat von Amts wegen zu erfolgen. Eine allfällige Neuberechnung und Nachzahlung des Ruhebezuges erfolgt nach den obigen Regelungen.

Hiefür ist ebenfalls der Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten zuständig (§§ 52 ff GBG 1970).

#### **Schulungen:**

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass seitens der Abteilung Gemeinden für jene Gemeindebediensteten, die mit der Aufrollung des **Vorrückungstichtages NEU** befasst sind, im Herbst Schulungen angeboten werden.

## 35.

### Sabbatical auch für die Gemeindebediensteten

Mit den unter Nr. 34 angeführten Dienstrechts-Novellen wurde weiters für Gemeindebeamte und Gemeindevertragsbedienstete – ebenso wie auch für die Landesbediensteten und die Bediensteten der Stadt Innsbruck – die Richtlinie 2014/54/EU hinsichtlich eines Benachteiligungsverbotens umgesetzt sowie das sogenannte **Sabbatical** eingeführt.

Dem Vertragsbediensteten bzw. dem Beamten kann auf sein Ansuchen eine Dienstfreistellung für die Dauer von einem Jahr gegen Kürzung der Bezüge auf 80 v. H. für die Dauer einer Rahmenzeit von fünf Jahren (Sabbatical) gewährt werden, wenn

- a) das Dienstverhältnis mindestens fünf Jahre ununterbrochen gedauert hat und
- b) keine wichtigen dienstlichen Gründe entgegenstehen.

Die ein Jahr dauernde Freistellung kann erst nach Ableistung einer vierjährigen Dienstleistungszeit in Anspruch genommen werden.

Während der Rahmenzeit beträgt das Monatsentgelt bzw. der Monatsbezug des Bediensteten vier Fünftel, also 80 % des Monatsentgelts entsprechend seiner bisherigen entgelt- bzw. besoldungsrechtlichen Stellung.

Eine Aliquotierung von Nebengebühren, Vergütungen und sonstigen Abgeltungen erfolgt nicht, daher gebühren sie während der Dienstleitungszeit zur Gänze und während des Freistellungszeitraumes überhaupt nicht.

Das Sabbatical kann auf Ansuchen des Vertragsbediensteten bzw. Beamten vorzeitig beendet werden, wenn keine wichtigen dienstlichen Gründe entgegenstehen.

Das Sabbatical endet u.a. bei Karenzurlaub, gänzlicher Dienstfreistellung oder Außerdienststellung, Präsenz-, Ausbildungs- oder Zivildienst oder Beschäftigungsverbot nach dem Tiroler Mutterschutzgesetz 2005 bzw. dem Mutterschutzgesetz 1979 sofern der jeweilige Anlass die Dauer eines Monats überschreitet.

Zwar ruht während der Dienstfreistellung die Pflicht zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben, d.h. der Bedienstete schuldet keine Arbeitsbereitschaft, andere Verpflichtungen, wie etwa verschiedene Meldepflichten hinsichtlich des Wohnsitzes, Mitteilungen relevanter Umstände zur ordnungsgemäßen Auszahlung des Monatsentgelts bzw. Monatsbezuges oder die Wahrung der Amtsschwiegenheit bestehen jedoch fort.

## 36.

### Änderung der Tiroler Bauordnung 2011

Die aktuelle Tiroler Bauordnung wurde mit der Kundmachung LGBl. Nr. 57/2011 als Tiroler Bauordnung 2011 (TBO 2011) wiederverlautbart und in weiterer Folge mehrmals novelliert. Mit der nunmehrigen TBO-Novelle 2016, LGBl. Nr. 94/2016, die am 1.10.2016 in Kraft treten wird, wurden im Wesentlichen Klarstellungen, Vereinfachungen und Deregulierungen vorgenommen und soll im Folgenden auf einige dieser Neuerungen eingegangen werden:

Angefangen mit den **Ausnahmen vom Geltungsbereich**

der TBO 2011 (§ 1 Absatz 3 TBO 2011) erfolgen Klarstellungen bei den Straßenbestandteilen und bei Sportanlagen, Ausnahmen für Bienenstände sowie Vereinfachungen bei der Errichtung von Schutz- und Regulierungswasserbauten durch öffentliche Körperschaften.

Die **Begriffsbestimmungen** in § 2 TBO 2011 enthalten u.a. Präzisierungen betreffend die (größenmäßigen) Anforderungen an Nebengebäude und –anlagen, eine Ergänzung der Definition „einheitliche



Bauplatzwidmung“, die Aufnahme einer Legaldefinition für die gekuppelte Bauweise, eine Neuordnung der untergeordneten Bauteile, Erleichterungen für integrierte bzw. parallel angebrachte Sonnenkollektoren oder Photovoltaikanlagen und für Schutzdächer. Auch können nunmehr Liftüberfahrten, das sind erforderliche Aufbauten für die Hebeanlagentechnik, unter den in Absatz 16 leg.cit. genannten Voraussetzungen untergeordnete Bauteile sein. Geändert wurde außerdem die Regelung im Bereich der Folientunnel insofern, als diese nicht mehr wie bisher jährlich ab und wieder aufzubauen sind.

Der Abschnitt **Bebauungsbestimmungen** (§ 3 ff TBO 2011) stellt die Zulässigkeit von Bauführungen in Gefährdungsbereichen von Seveso-Betrieben sowie die Anforderungen für das Überbauen von Grundstücksgrenzen klar. Neugeregelt werden die Abstandsbestimmungen zu Landesstraßen, die absoluten Baufluchtlinien in Bebauungsplänen und die Ermittlung des angrenzenden Geländes im Fall von Aufbauten. In den Mindestabständen (§ 6 TBO 2011) ergeben sich Erleichterungen für die Anbringung von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen an Fassaden, die Ermöglichung von Kinderspielplätzen und Terrassenüberdachungen, eine Erweiterung des Ausnahmekatalogs im Zusammenhang mit Vordächern, Anpassungen hinsichtlich der gekuppelten Bauweise sowie eine Klarstellung der zulässigen Fristen bei der Errichtung von Ersatzgebäuden.

Für die **Gestaltung des Baulandes** (§ 15 TBO 2011) wurde klargestellt, dass durch die Änderung von Grundstücksgrenzen das Erfordernis der einheitlichen Bauplatzwidmung gewahrt werden muss.

Die **Verfahrensbestimmungen** (§§ 21 ff TBO 2011) enthalten nunmehr die ausdrückliche Einordnung von Forsthütten und Ladestationen für die Elektro-Mobilität als anzeigepflichtige Vorhaben, die Errichtung von Hagelschutznetzen und von der TBO unterliegenden Bienenständen als bewilligungs- und anzeigefreie Vorhaben

sowie Klarstellungen für integrierte bzw. parallel angebrachte Sonnenkollektoren bzw. Photovoltaikanlagen. Weiters sind eine Verstärkung der Mitwirkungspflicht des Bauwerbers zur Verhinderung der Errichtung unzulässiger Freizeitwohnsitze und Einkaufszentren, eine Klarstellung der Wirkung einer Bauanzeige bei Fristversäumnis oder einer falschen Beurteilung durch die Baubehörde und die notwendige Befassung des Bundesdenkmalamtes normiert; Verwaltungsvereinfachungen und Erleichterungen werden hinsichtlich der Neuregelung von im Bauverfahren beizuziehenden Sachverständigen für die Wildbach- und Lawinverbauung, von Wasserbau und Geologie erwartet. Neu ist die Möglichkeit der Beiziehung von Ingenieurbüros als brandschutztechnische Sachverständige und klargestellt wird der Abweisungsgrund bei Nichteinhaltung der Anforderungen für das Überbauen von Grundstücksgrenzen sowie die Verpflichtung zur Übernahme textlicher Zusatzfestlegungen bei Baulandwidmungen in den Baubescheid.

Im Bereich **Bauausführung und Erhaltung** des Bauzustandes (§§ 30 ff TBO 2011) werden die Grundlagen für den Schutz vor Baulärm im Interesse einer leichteren Vollziehung neu geregelt. Hierzu wurde zeitgleich eine neue Baulärmverordnung (2016) konzipiert und in Begutachtung versandt. Neu eingeführt wird die subsidiäre Haftung des Grundeigentümers für die Einhaltung baurechtlicher Bestimmungen bei Superädifikaten, ergänzt wurden die Möglichkeiten, Benützungsverbote bei Baugebrechen auszusprechen.

Ergänzungen ergeben sich auch für Bauverfahren im Zusammenhang mit der Errichtung von Transitquartieren, werden Traglufthallen (§ 46a TBO 2011) nunmehr deziert angeführt sowie eine Höhenbegrenzung bei Werbeeinrichtungen im Abstandsbereich (§ 47 TBO 2011) eingefügt.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Rechtswirkungen von Bauanzeigen wurde der **Strafkatalog** (§ 57 TBO 2011) entsprechend erweitert.

Die **Übergangsbestimmungen** (§ 62 TBO 2011) sehen eine Ergänzung des Kataloges der Zulässigkeit der nachträglichen Anbringung von Wärmedämmungen auch vor die Baugrenzlinie und bei besonderer Bauweise, die Klarstellung im Zusammenhang mit der Parteistellung von Nachbarn hinsichtlich der Geltendmachung allfälliger Bauabzugsplanpflichten sowie Bestimmungen, die aufgrund der aktuellen Novelle unbedingt erforderlich sind, vor.

Zusammenfassend wird durch die Novellierung eine Steigerung der Verfahrenseffizienz bzw. der Rechtssicherheit, eine Verminderung der Zahl der von den Gemeinden durchzuführenden baubehördlichen Verfahren durch weitere Ausnahmen vom Geltungsbereich der Tiroler Bauord-

nung 2011 bzw. durch Umstellung von Bewilligungsverfahren in bloße Anzeigeverfahren (zB Hagelschutznetze, Ladestationen) erwartet. Den gleichen Effekt dürfte auch die vorgesehene Reduktion der erforderlichen Beiziehung von Sachverständigen zur Beurteilung von Naturgefahren, wobei es dadurch zusätzlich auch zu einer Entlastung der betroffenen Bundes- und Landesdienststellen kommen wird, haben.

Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, dass mit 1.10.2016 auch eine Novelle des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 in Kraft treten wird.

*Mag. Beatrix Steiner  
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht*

## 37.

### Änderung des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen der Novelle LGBl. Nr. 88/2016 zum Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz dargestellt:

#### 1) Inkrafttreten mit 1. September 2016:

##### **Fördersystem (§§ 38 ff.)**

Das Förderregime wird vereinheitlicht. Das bisherige Fördermodell zur Förderung von Erhaltern privater Kinderbetreuungseinrichtungen wird auch auf Erhalter von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Anwendung gelangen.

Künftig wird jede Kinderbetreuungsgruppe, die das gesetzlich vorgeschriebene Mindestpersonal aufweist, pauschal gefördert.

##### **Inklusion (§§ 2 Abs. 5 und 18):**

Um die Inklusion aller in einer Gruppe betreuten Kinder zu sichern, ist der Personalstand in Kinderbetreuungsgruppen durch das jeweils erforderliche Ausmaß an Stützstunden zu verstärken, wenn eine außergewöhnlich belastende Gruppenkonstellation vorliegt oder die soziale Integration aller in der Gruppe betreuten Kinder nur mit Hilfe von

Stützstunden möglich ist und der Bildungs- und Erziehungsauftrag sonst nicht erfüllbar ist.

Künftig steht somit der Inklusionsgedanke im Vordergrund. Der Nachweis eines Defizites bei einzelnen Kindern ist keine Bedingung dafür mehr, dass Stützstunden gewährt werden. Gefördert wird die jeweilige Gruppe.

Den Erhaltern von Kinderbetreuungseinrichtungen werden Förderungen für zusätzlich zum Mindestpersonaleinsatz als Inklusionsmaßnahmen vorgeschriebene Stützstunden gewährt, wobei bei der Festsetzung der Höhe der Förderung die finanzielle Leistungskraft des Erhalters zu berücksichtigen ist.

Für die Beratung der Inklusionsmaßnahmen sind die Fachberaterinnen für Integration – künftig Fachberaterinnen für Inklusion – zuständig.

##### **Alterserweiterung (§ 2 Abs. 7, § 21)**

Die Einrichtung einer alterserweiterten Kinderbetreuungsgruppe ist zulässig, wenn gewährleistet ist, dass in dem Zeitausmaß, das der Kernzeit entspricht, in der Kinderbetreuungsgruppe außer der pädagogischen Fachkraft zumindest eine zweite Betreuungsperson herangezogen wird.

Der Anteil der alterserweitert geführten Plätze muss dabei unter der Hälfte der insgesamt genehmigten Plätze der Gruppe liegen.

Der Erhalter hat der Landesregierung die Einrichtung für jede alterserweiterte Kinderbetreuungsgruppe gesondert spätestens zwei Monate vor der beabsichtigten Aufnahme der Betreuungstätigkeit und für jedes Kinderbetreuungs-jahr gesondert schriftlich anzuzeigen.

### **Fortbildung der Betreuungspersonen (§ 29a)**

Betreuungspersonen haben künftig Fortbildungsveranstaltungen im Ausmaß von mindestens 15 Stunden pro Jahr - unabhängig vom Beschäftigungsausmaß - zu besuchen.

Um eine qualifizierte Ersthilfe in den Kinderbetreuungseinrichtungen gewährleisten zu können, müssen Betreuungskräfte alle vier Jahre einen Kurs in Erster Hilfe absolvieren.

### **Zusatzerfordernisse für leitende pädagogische Fachkräfte (§ 33)**

Leitende pädagogische Fachkräfte haben innerhalb von fünf Jahren nach der Aufnahme ihrer Tätigkeit einen Lehrgang in Führungsmanagement in Kinderbetreuungseinrichtungen zu absolvieren; Ausnahme: leitende pädagogische Fachkräfte, die diese Tätigkeit am 31.08.2016 bereits seit 20 Jahren ausüben.

Die erforderlichen Fortbildungsveranstaltungen werden wie bisher vom Land Tirol kostenfrei zur Verfügung gestellt.

## **2) Inkrafttreten mit 1. September 2017:**

### **Bedarfserhebung (§ 9)**

Die Bedarfserhebung wird nach Aufforderung durch die Landesregierung von den Gemeinden durchgeführt.

Die Landesregierung hat die Gemeinden durch die Bereitstellung von statistischen Daten bei der Durchführung der Bedarfserhebung zu unterstützen.

Von der Landesregierung wird über den Ablauf und den Umfang der Bedarfserhebung und die nähere Ausgestaltung des Entwicklungskonzeptes eine Verordnung erlassen.

### **Gruppengröße (§ 10)**

#### **Kinderkrippengruppen**

mind. acht Kinder	max. zwölf Kinder
ab drei Kindern unter neun Monaten	max. sechs Kinder
ab zwei Kindern unter eineinhalb Jahren	max. zehn Kinder

#### **Kindergarten- und Hortgruppen:**

mind. zehn Kinder	max. 20 Kinder
-------------------	----------------

#### **Integrationskinderkrippengruppen:**

mind. sechs Kinder	max. zehn Kinder
darunter max. drei Kinder mit erhöhtem Förderbedarf oder Kinder, denen Maßnahmen nach dem Tiroler Re-hagesetz gewährt werden	

#### **Integrationskindergarten- und Integrationshortgruppen:**

mind. acht Kinder	max. 15 Kinder
darunter max. drei Kinder mit erhöhtem Förderbedarf oder Kinder, denen Maßnahmen nach dem Tiroler Re-hagesetz gewährt werden	

Die Teilung von Kinderbetreuungsplätzen ist in allen Kinderbetreuungsgruppen ohne ausdrückliche Genehmigung möglich – Ausnahme: Teilen von Plätzen in Kindergarten- und Hortgruppen vor 11:30 Uhr bewilligungspflichtig, höchstens 40 Kinder mit geteilten Plätzen in einer Hortgruppe!

Die Überschreitung der zulässigen Kinderzahl darf nur noch vorübergehend um ein Kind in Kinderkrippengruppen und um zwei Kinder in Kindergarten- und Hortgruppen erfolgen und ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Eine Überschreitung ist der Landesregierung vorab und für jedes Kinderbetreuungs-jahr gesondert anzuzeigen.

### **Öffnungszeiten (§ 11)**

Die Festlegung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen soll künftig flexibler und bedarfsangepasster erfolgen.

Mit der erweiterten Randzeitenregelung soll ein besser auf die Gegebenheiten und Erfordernisse der täglichen Betreuungstätigkeit abgestimmter rechtlicher Rahmen geschaffen werden.



**Qualifizierungslehrgang für Assistenzkräfte (§ 32a, 49 Abs. 14)**

Assistenzkräfte haben innerhalb von drei Jahren nach der Aufnahme ihrer Tätigkeit einen Qualifizierungslehrgang zu absolvieren und einen Ausbildungsnachweis darüber dem Erhalter vorzulegen.

Der Qualifizierungslehrgang für Assistenzkräfte ist für jene Assistenzkräfte verpflichtend, die neu angestellt werden oder an eine andere Stelle wechseln.

Von der Landesregierung wird insbesondere über den Ablauf, den Inhalt und den Umfang des Qualifizierungslehrganges sowie über die Ausstellung des Ausbildungsnachweises noch eine Verordnung erlassen werden.

**3) Inkrafttreten mit 1. September 2018:****Mindestpersonaleinsatz (§ 29)**

Für jede Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortgruppe ist zumindest eine pädagogische Fachkraft und eine Assistenzkraft heranzuziehen.

Durch die verpflichtende Doppelbesetzung mit einer Fachkraft und einer Assistenzkraft in allen Kindergarten- und Hortgruppen wird die Qualität in der Kinderbetreuung gesichert.

*MMag. Dr. Doris Winkler-Hofer  
Abteilung Bildung*

## 38.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2016

Ertragsanteile an	August		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-518.600	-348.383	170.216	32,82
Lohnsteuer	22.533.392	19.532.286	-3.001.106	-13,32
Kapitalertragsteuer	2.451.145	1.780.924	-670.221	-27,34
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.059.968	1.049.211	-10.758	-1,01
Körperschaftsteuer	-1.228.792	-782.390	446.402	-36,33
Abgeltungssteuern Schweiz	-34.060	-85	33.975	99,75
Abgeltungssteuern Liechtenstein	33.946	0	-33.946	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.423	418	-1.006	-70,65
Stiftungseingangssteuer	7.261	17.740	10.479	144,32
Bodenwertabgabe	17.563	16.767	-795	-4,53
Stabilitätsabgabe	-12.788	133.093	145.881	1140,73
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>24.310.458</b>	<b>21.399.580</b>	<b>-2.910.877</b>	<b>-11,97</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	21.760.997	21.051.209	-709.788	-3,26
Abgabe von alkoholischen Getränken	21	11	-10	-46,74
Tabaksteuer	1.378.758	1.523.322	144.565	10,49
Biersteuer	150.122	155.718	5.596	3,73
Mineralölsteuer	3.254.040	3.358.936	104.896	3,22
Alkoholsteuer	88.747	91.657	2.911	3,28
Schaumweinsteuer	12.375	17.754	5.380	43,47
Kapitalverkehrsteuern	50.661	3.641	-47.019	-92,81
Werbeabgabe	371.987	355.539	-16.448	-4,42
Energieabgabe	1.183.155	679.003	-504.151	-42,61
Normverbrauchsabgabe	406.134	419.811	13.677	3,37
Flugabgabe	86.273	82.755	-3.518	-4,08
Grunderwerbsteuer (Aufz. n. einheitl. Schlüssel)	0	24.162	24.162	100,00
Grunderwerbsteuer	10.111.795	8.731.612	-1.380.183	-13,65
Versicherungssteuer	973.617	938.132	-35.485	-3,64
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.923.906	1.961.458	37.552	1,95
KFZ-Steuer	-656	1.705	2.360	360,03
Konzessionsabgabe	202.362	144.136	-58.226	-28,77
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>41.954.292</b>	<b>39.540.563</b>	<b>-2.413.729</b>	<b>-5,75</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>41.075.209</b>	<b>38.661.480</b>	<b>-2.413.729</b>	<b>-5,88</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>65.385.667</b>	<b>60.061.060</b>	<b>-5.324.606</b>	<b>-8,14</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.791.016	5.595.756	-195.259	-3,37
Werbesteuerausgleich	59.550	56.869	-2.681	-4,50
Werbeabgabe nach der Volkszahl	312.437	298.671	-13.766	-4,41
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 39.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2016

Ertragsanteile an	Jänner - August		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	20.388.376	20.855.892	467.517	2,29
Lohnsteuer	168.661.258	162.232.906	-6.428.352	-3,81
Kapitalertragsteuer	13.066.612	9.635.111	-3.431.501	-26,26
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.932.568	5.570.802	-361.767	-6,10
Körperschaftsteuer	37.627.088	38.566.509	939.420	2,50
Abgeltungssteuern Schweiz	-274	14.905	15.180	5530,22
Abgeltungssteuern Liechtenstein	111.673	369	-111.303	-99,67
Erbschafts- und Schenkungssteuer	90.708	23.866	-66.842	-73,69
Stiftungseingangssteuer	621.750	200.158	-421.591	-67,81
Bodenwertabgabe	474.369	476.012	1.642	0,35
Stabilitätsabgabe	2.295.959	2.197.761	-98.197	-4,28
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>249.270.086</b>	<b>239.774.292</b>	<b>-9.495.794</b>	<b>-3,81</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	164.091.239	168.601.641	4.510.401	2,75
Abgabe von alkoholischen Getränken	307	139	-168	-54,77
Tabaksteuer	10.897.090	11.505.184	608.094	5,58
Biersteuer	1.071.777	1.170.914	99.136	9,25
Mineralölsteuer	24.665.076	26.753.959	2.088.883	8,47
Alkoholsteuer	672.383	933.661	261.278	38,86
Schaumweinsteuer	111.826	162.665	50.839	45,46
Kapitalverkehrssteuern	364.687	582.329	217.642	59,68
Werbeabgabe	2.678.779	2.666.751	-12.028	-0,45
Energieabgabe	6.092.944	6.585.933	492.989	8,09
Normverbrauchsabgabe	2.518.145	2.509.068	-9.077	-0,36
Flugabgabe	633.033	654.708	21.675	3,42
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	193.296	193.296	100,00
Grunderwerbsteuer	67.737.545	82.295.717	14.558.172	21,49
Versicherungssteuer	7.527.375	7.481.858	-45.516	-0,60
Motorbezogene Versicherungssteuer	12.479.339	13.030.783	551.444	4,42
KFZ-Steuer	246.810	254.820	8.011	3,25
Konzessionsabgabe	1.617.499	1.588.400	-29.099	-1,80
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>303.405.854</b>	<b>326.971.825</b>	<b>23.565.971</b>	<b>7,77</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.032.667	7.032.667	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>296.373.187</b>	<b>319.939.158</b>	<b>23.565.971</b>	<b>7,95</b>
Kunstförderungsbeitrag	85.382	85.865	483	0,57
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>545.494.878</b>	<b>559.561.701</b>	<b>14.066.823</b>	<b>2,58</b>
Zwischenabrechnung	-1.970.055	9.580.729	11.550.784	586,32
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>543.524.823</b>	<b>569.142.430</b>	<b>25.617.607</b>	<b>4,71</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	44.155.939	45.402.778	1.246.839	2,82
Getränkesteuerausgleich ZWA	546.530	-39.917	-586.447	-107,30
Summe Getränkesteuerausgleich	44.702.469	45.362.862	660.392	1,48
Werbesteuerausgleich	428.835	426.548	-2.286	-0,53
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.249.944	2.240.202	-9.742	-0,43
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.006.680	2.006.680	0	0,00

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR JUNI 2016**

(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2016 (endgültig)	Juni 2016 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b> Basis: Durchschnitt 2015 = 100	101,0	101,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b> Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,8	111,9
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b> Basis: Durchschnitt 2005 = 100	122,4	122,5
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b> Basis: Durchschnitt 2000 = 100	135,3	135,5
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b> Basis: Durchschnitt 1996 = 100	142,4	142,6
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b> Basis: Durchschnitt 1986 = 100	186,2	186,4
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b> Basis: Durchschnitt 1976 = 100	289,5	289,8
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b> Basis: Durchschnitt 1966 = 100	508,0	508,5
<b>Index der Verbraucherpreise I</b> Basis: Durchschnitt 1958 = 100	647,3	647,9
<b>Index der Verbraucherpreise II</b> Basis: Durchschnitt 1958 = 100	649,4	650,1

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Juni 2016 beträgt 101,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2016 um 0,1 % gestiegen (Mai 2016 gegenüber April 2016 + 0,3 %). Gegenüber Juni 2015 ergibt sich eine Steigerung um 0,6 % (Mai 2016/2015 + 0,6 %).

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck